



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Sommerferien stehen für die meisten an. Der Sommer selbst hat sich ja bereits seit Wochen mit Höchsttemperaturen bemerkbar gemacht. Hitzefrei gibt es bei uns weder an der Hochschule für Polizei noch sonst in einer Dienststelle. Dabei sind es nicht nur die maroden Dienstgebäude, die im Winter Kälte und im Sommer brodelnde Hitze bieten. Es sind auch die modernen Glasgebäude und Neubauten, die in der Regel so gut wie nicht klimatisiert sind. Vielleicht mit Ausnahme der Führungs- und Lagezentren oder weniger Räume, die durch kluges Führungsverhalten entsprechend ausgestattet sind. Das muss sich ändern – und zwar schnell. Es geht um Arbeitssicherheit, Gesundheitsmanagement und Fürsorge. Uns geht es nicht um kurze Dienstthosen. Es geht darum, dass die Büroräume klimatisiert sind und überall dort, wo eine Klimatisierung möglich ist, auch eine solche vorhanden ist. Dazu zählen natürlich auch Schulungs- und Besprechungsräume.

Bei allem Respekt vor den Klimaregelungen der Vorgängerregierung, die bei der Kühlung und beim Heizen mehrere Grad weniger vorsahen: Wer das klug macht, baut – wie von uns gefordert – endlich Solaranlagen auf den Dienstgebäuden und notfalls auch ins Gelände, produziert damit nicht nur den Strom für die E-Fahrzeuge, sondern auch für die Klimatisierung. Und so ganz ohne geht es natürlich auch bei Uniform und Kleidung nicht. Es ist Aufgabe des Dienstherrn, sich auch den klimatischen Veränderungen zuzuwenden. Da reicht es nicht aus, nur mal eine Outdoor-Messe zu besuchen.

Dabei geht es nicht um klassische Naturfasern, die sonstige Anforderungen an die Uniform nur wenig erfüllen, sondern vielmehr um spezialisierte Textilien oder aktiv kühlende Hightech-Funktionskleidung. Dazu kommen allgemeine Maßnahmen, wie beispielsweise Wasserspender in den Dienststellen, die kostenfrei genutzt werden können. Eine Maßnahme, für die wir uns seit Jahren einsetzen und die in vielen Betrieben außerhalb des öffentlichen Dienstes längst Normalität ist.

Bis zu den Sommerferien haben wir noch einige Big Points zu lösen. Da ist beispielsweise das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für die kommenden drei Jahre. Wir berichten in dieser Ausgabe noch umfassend. Wir rechnen bis zum Jahresende mit zusätzlichen Maßnahmen der Landesregierung zur amtsangemessenen Alimentation.

INHALT

- 2 Gespräch mit IM Manuel Hagel
- 2 Polizeipräsident Renato Gigliotti in Ravensburg
- 3 Loreta Marku/Zukunftspreis Polizeiarbeit
- 3 Polizeipräsident Jürgen Rieger im Ruhestand
- 4 DPoIG-Coin für IM Manuel Hagel
- 4 Dirk Bäuerle Schwerbehindertenvertreter IM BW
- 5–6 Dienst-/Versorgungsbezüge bis 2028
- 7 JHV Biberach
- 7 JHV Heilbronn
- 8 JHV Freudenstadt
- 8 Meisterschaften im Paraschwimmen



Gleichzeitig laufen die Vorbereitungen für den Landeshaushalt 2027/2028. Wir rechnen jährlich mit 250 zusätzlichen Tarifstellen. Wir gehen davon aus, dass die ersten wirksamen Maßnahmen zum Abbau des „Oberkommissarsbauchs“ und Verbesserungen für die Zukunftsperspektiven im gehobenen Dienst eingebracht werden. Dazu führen wir aktuell zahlreiche Gespräche.

Viele hatten ja schon auf ein 100-Tage-Programm im Innenministerium und in der Polizei gewartet, etwa so, wie es im Kultusministerium angekündigt worden war. Die ersten 100 Tage dieser Landesregierung enden in der 3. Augustwoche. Die Landesregierung, deren Amtszeit bis 2031 dauert, hat also noch etwas Zeit, um erste Akzente in der Polizei zu setzen. Gefühlt arbeitet die neue Landesregierung derzeit wohl noch daran, ihre „Arbeitsfähigkeit“ herzustellen oder, besser gesagt, die personellen Veränderungen vorzunehmen, von denen man denkt, dass diese die Regierungsarbeit verbessern beziehungsweise die selbst gesteckten Ziele erreichen werden können. Innerhalb der Polizei gab es bisher nur rein biologisch angelegte Veränderungen. Man darf gespannt sein, was da noch kommt. Zumal es ja in dem einen oder anderen Bereich förmlich brodelte.

Wann es die im Koalitionsvertrag angekündigten ersten Veränderungen bei der Lebensarbeitszeitverlängerung gibt, die ja durch die eine oder andere präsidiale Ablehnung provoziert wurden, ist noch offen. Dabei bestand das Problem ausschließlich im gehobenen und mittleren Dienst, während dies im höheren Dienst und in der B-Besoldung in der Regel kein Problem darstellte. Der eine oder andere Präsident dürfte sich darüber vielleicht sogar selbst freuen, weil nach dem Regierungsprogramm künftig auch eine Verlängerung über das 65. Lebensjahr möglich werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist und bleibt spannend. All denjenigen, die jetzt in den Sommerurlaub „gehen“ dürfen, wünschen wir einen erholsamen und schönen Urlaub. All denjenigen, die die „Stellung“ halten, wünschen wir, dass sich die Einsatzlagen auf einem zu bewältigenden Niveau halten und sie vom täglichen Dienst gesund nach Hause kommen. Bleiben Sie uns gewogen.

Ihr/euer Dirk Preis

Gespräch mit Innenminister Manuel Hagel *Dirk Preis erster Gesprächspartner – ein deutliches Signal*

Unmittelbar nach der Übernahme seiner Amtsgeschäfte hat der neue stellvertretende Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Europa, Manuel Hagel, den DPoIG-Landesvorsitzenden Dirk Preis zu einem persönlichen Gespräch in sein Ministerbüro eingeladen. Dirk Preis war damit der erste Gesprächspartner, den der neue Minister im Rahmen seiner Antrittsgespräche empfing – ein deutliches Signal und ein guter Auftakt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dass Manuel Hagel und Dirk Preis gut miteinander umgehen, ist kein Geheimnis. Umso erfreulicher ist die gemeinsame Absicht, das durchaus verbesserungswürdige Verhältnis ihrer Vorgänger hinter sich zu lassen und die Beziehungen zwischen Innenministerium und DPoIG wieder auf eine verlässliche Grundlage zu stellen.

Beiden Seiten ist bewusst, dass sie unterschiedliche Rollen wahrnehmen. Der neue Innenminister kann sich darauf verlassen, dass Dirk Preis die Interessen der DPoIG-Mitglieder engagiert und konsequent vertreten wird. Wenn beide diesen Weg fortsetzen, sind gute Voraussetzungen für einen offenen und vertrauensvollen Austausch geschaffen. Dass Minister Hagel die Anliegen der DPoIG auf-

merksam verfolgt, machte er im Gespräch deutlich: „Ich habe beim Landeskongress in Rust gut zugehört.“



Manuel Hagel, Dirk Preis (von links)

Renato Gigliotti wird neuer Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Ravensburg

Zu den ersten Gratulanten nach der Ernennung gehörten Dirk Preis, DPoIG-Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei (HPR), sowie Marcus Haider, DPoIG-Bezirks- und Kreisvorsitzender Ravensburg und Mitglied des HPR. Am 21. April 2026 nahm Renato Gigliotti im Innenministerium seine Ernennungsurkunde zum Polizeipräsidenten des Polizeipräsidiums Ravensburg entgegen. Der Ministerrat hatte die Personalentscheidung zuvor auf Vorschlag des Innenministers bestätigt.

Nach der Verabschiedung des bisherigen Polizeipräsidenten Uwe Stürmer Ende März 2026 ist die Führungsspitze des Polizeipräsidiums Ravensburg damit wieder komplett. Renato Gigliotti bringt für seine neue Aufgabe eine große Erfahrung aus zahlreichen Führungsfunktionen innerhalb der baden-württembergischen Polizei mit. Neben verschiedenen Verwendungen im Innenministerium war er in mehreren Polizeipräsidien des Landes tätig, zuletzt als

Polizeivizepräsident und Leiter des Führungs- und Einsatzstabes beim Polizeipräsidium Mannheim. Die DPoIG gratuliert Renato Gigliotti herzlich zu seiner Ernennung und freut sich auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit. Für seine neue verantwortungsvolle Aufgabe wünschen wir ihm stets eine glückliche Hand, viel Erfolg und alles Gute.

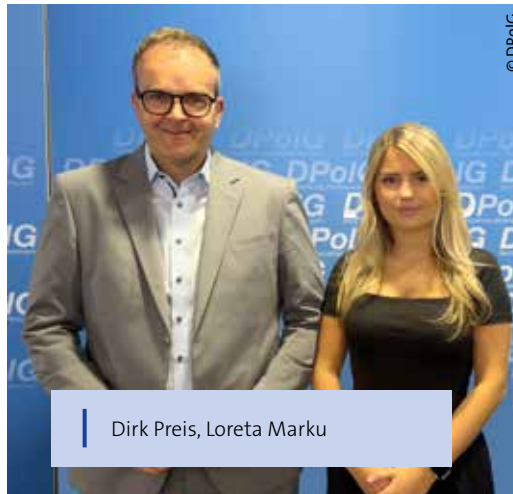


Dirk Preis, Renato Gigliotti, Marcus Haider (von links)

Bachelorarbeit erzielt 3. Platz beim Zukunftspreis Polizeiarbeit 2026

Loreta Marku überzeugt mit innovativem Ausbildungskonzept: die Planübungsplatte – realitätsnah ausbilden

Am 6. und 7. Mai 2026 fand im CityCube der Messe Berlin der Europäische Polizeikongress statt – eine der größten Fachveranstaltungen zur Inneren Sicherheit in Europa. Ein zentraler Bestandteil des Kongresses ist der Zukunftspreis Polizeiarbeit, mit dem herausragende Bachelor- und Masterarbeiten von Studierenden der Polizeihoch- und Fachschulen ausgezeichnet werden. Prämiert werden wissenschaftliche Arbeiten, die neue Lösungsansätze und Innovationen für die polizeiliche Facharbeit vorschlagen. Die Arbeit darf zum Zeitpunkt der Bewerbungsfrist nicht älter als drei Jahre sein.



Dirk Preis, Loreta Marku

Aufgrund der hohen fachlichen Qualität, der wissenschaftlichen Fundierung und des innovativen Ansatzes wurde die Arbeit von ihrem Erstgutachter, Polizeidirektor Jürgen Renz, und dem Zweitgutachter Enzo Cicero (PP Pforzheim) für den Zukunftspreis 2026 vorgeschlagen.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Dirk Preis empfing die DPoIG-Kollegin Loreta Marku in der Landesgeschäftsstelle, um ihr persönlich zu diesem großartigen Erfolg zu gratulieren und sich über ihre Arbeit zu informieren. Preis betonte: „Es ist eine besondere Auszeichnung, wenn eine Absolventin der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg bei einem bundes-

weiten Wettbewerb einen solchen Preis gewinnt. Dass Polizeidirektor Jürgen Renz, der bestens bekannt und hoch anerkannt ist, eine Bachelorarbeit für diesen renommierten Preis vorschlägt, adelt bereits und spricht für die außergewöhnliche Qualität der Bachelorarbeit. Umso mehr freuen wir uns über den großartigen Erfolg unserer Kollegin Loreta Marku, die mit ihrem außerordentlichen Ansatz die Jury überzeugen konnte. Herzlichen Glückwunsch.“

Über einen hervorragenden Erfolg durfte sich Polizeiobersararin Loreta Marku vom Polizeipräsidium Ludwigsburg freuen. Die Absolventin des 46. Studienjahrgangs der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg belegte mit ihrer Bachelorarbeit „Die Planübungsplatte der HfPolBW im Einsatz – realitätsnah ausbilden“ einen herausragenden 3. Platz. Darin befasst sie sich mit der Planübungsplatte der Fakultät I als neues und innovatives Lerntool.

Offenburgs Polizeipräsident Jürgen Rieger in den Ruhestand verabschiedet

Nach 47 Dienstjahren und 300 Tagen wurde Polizeipräsident Jürgen Rieger am 26. Juni 2026 in den Ruhestand verabschiedet. Vier Jahre lang stand er an der Spitze des Polizeipräsidiums Offenburg.

Seine Laufbahn begann im mittleren Polizeivollzugsdienst, bevor er sich über den gehobenen bis in den höheren Dienst weiterqualifizierte. Sein besonderes Anliegen war stets ein gutes Arbeitsklima innerhalb der Polizei sowie ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern. Bei der feierlichen Verabschiedung würdigten rund 150 Gäste aus Polizei, Politik, Justiz und Verwaltung, französische Polizeikollegen, Weggefährten sowie Familie und

Freunde seinen langjährigen Einsatz. Innenminister Manuel Hagel hob in seinem Grußwort die Verdienste Riegers hervor und überreichte ihm persönlich die Ruhestandsurkunde.

Auch Dirk Preis, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei und amtierender Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, verabschiedete den scheidenden Polizeipräsidenten mit persönlichen Worten. „Du hast Verantwortung übernommen und Entscheidungen getroffen – immer klar und direkt“, betonte Preis. Dabei sorgte er bei seiner Abschiedsrede mit der einen oder anderen Anekdote für ein herzliches Schmunzeln unter den Gästen.



Dirk Preis (HPR/DPoIG), Dr. Stefanie Hinz (LPPin), Jürgen Rieger, Andreas Bix (ÖPR-Vorsitzender) (von links)

Wertschätzung sichtbar machen – Auszeichnungen und Medaillen *Seit Jahren bei der DPolG auf der Agenda*

Während Angehörige der Feuerwehr, der Rettungsdienste oder anderer Organisationen regelmäßig für besondere Verdienste mit Medaillen oder Landesorden ausgezeichnet werden, sucht man vergleichbare Formen der Anerkennung innerhalb der Polizei bis heute weitgehend vergeblich.

Dabei leisten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte täglich Außergewöhnliches – sei es im Einsatz, bei besonderen Herausforderungen, bei Auslandseinsätzen oder durch herausragende sportliche Leistungen. Häufig bleibt es jedoch bei einem Händedruck oder einem Empfang. Aus Sicht der DPolG reicht das nicht aus. Wir wollen mehr echte Wertschätzung. Bereits 2024 hatte der damalige stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Auras dieses Thema auf die Agenda gesetzt. Daran knüpfte der amtierende Landesvorsitzende Dirk Preis nun an und überreichte Innenminister Manuel Hagel einen DPolG-Coin als Symbol für die Forderung nach einer sichtbaren Anerkennungskultur.

„Wir wollen eine Wertschätzung, die sich nicht nur in einem Handschlag und einem gemeinsamen Foto ausdrückt. Es ist längst an der Zeit, auch in der Polizei eine Medaille oder einen Orden einzuführen, der besondere Verdienste sichtbar würdigt“, so Dirk Preis.



Dirk Preis übergibt Innenminister Manuel Hagel im Beisein seiner für Europa zuständigen Staatssekretärin Cornelia von Loga den DPolG-Coin.

Denkbar seien beispielsweise ein Coin oder eine Anstecknadel, die – ähnlich wie Sportabzeichen – auch an der Uniform getragen werden kann.

Dirk Bäuerle (HfPol) rückt für die Schwerbehindertenvertretung in den Hauptpersonalrat der Polizei beim IM BW nach

Dirk Bäuerle von der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg ist als „Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei“ in den Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium nachgerückt. Künftig vertritt er die Interessen der schwerbehinderten Beschäftigten der Polizei gegenüber der obersten Dienstbehörde, dem IM BW.

Mit Dirk Bäuerle übernimmt ein erfahrener und engagierter Interessenvertreter diese verantwortungsvolle Aufgabe. Bereits in den vergangenen Jahren war er als Stellvertreter tätig und ist daher mit den Aufgaben und Abläufen im Hauptpersonalrat bestens vertraut. Darüber hinaus ist er seit vielen Jahren auf örtlicher Ebene in der Gesamtschwerbehindertenvertretung an der HfPol tätig und vertrat die polizeilichen Schwerbehindertenvertretungen in der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen der Ministerien Baden-Württembergs (AGSV BW).

Auch innerhalb der DPolG engagiert sich Dirk Bäuerle seit vielen Jahren auf Landesebene als Landesbeauftragter für Behinderten-



fragen sowie als Mitglied des Landesvorstands und des Landeshauptvorstands. Darüber hinaus bringt er seine Erfahrung bundesweit in der DPolG-Fachkommission „Inklusion und Teilhabe“ ein.

Als gut vernetzter Ansprechpartner hat sich Dirk Bäuerle über viele Jahre einen hervorragenden Ruf erarbeitet und, mit einem Blick über den eigenen Tellerrand hinaus, wichtige fachliche Kontakte aufgebaut.

Dirk Preis, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei, begrüßte Dirk Bäuerle in dessen erster Sitzung in der neuen Funktion herzlich. Er freue sich auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit und sichere ihm die volle Unterstützung des Hauptpersonalrats zu. „Die engagierte Vertretung unserer Kolleginnen und Kollegen mit Behinderungen ist uns ein wichtiges Anliegen. Ich freue mich, dass wir mit Dirk Bäuerle einen so erfahrenen und kompetenten Ansprechpartner an unserer Seite haben“, so Dirk Preis.

Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2026 bis 2028

Licht und Schatten bei der Besoldungsanpassung

Die Besoldung und Versorgung orientieren sich grundsätzlich an den Ergebnissen der Einkommensrunde der Tarifbeschäftigten. Auch deshalb ist es so wichtig, dass sich Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger an den Aktionen im Rahmen der Tarifrunde beteiligen.

Im Wesentlichen orientiert sich der Gesetzgeber an den Ergebnissen der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder. Dies gilt in diesem Fall auch für die Beamtinnen und Beamten der Kommunen, für die das gleiche Landesbesoldungs- und Versorgungsrecht Anwendung findet. Eine Ausnahme bildet allerdings die sogenannte Sockelbetragsregelung. Anstelle einer Erhöhung um 2,8 Prozent, mindestens jedoch 100 Euro, ist im ersten Schritt lediglich eine lineare Erhöhung um 2,82 Prozent vorgesehen. Damit folgt der Gesetzgeber nicht der Intention der Tarifvertragsparteien, insbesondere die unteren Entgeltgruppen stärker von der Tarifierhöhung profitieren zu lassen.

Gerade für die Eingangsämter A 8 und A 9 im mittleren Dienst stellt dies eine Verschlechterung gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Anpassung mit einem Sockelbetrag dar. Dies gilt gleichermaßen für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, für die hinzukommt, dass viele von ihnen nicht mehr vom sogenannten Vier-Säulen-Modell und den damit verbundenen Anhebungen der Eingangsämter im einfachen und mittleren Dienst profitieren konnten. Soweit der Gesetzgeber die Auffassung vertritt, dass ein Sockelbetrag Auswirkungen auf das Abstandsgebot haben könnte, sollten sich die Regelungen beispielsweise am Land Rheinland-Pfalz orientieren. Dort wird ebenfalls kein Sockelbetrag gewährt, stattdessen jedoch eine Erhöhung um 3,3 Prozent vorgenommen. Nach umfangreichen Vergleichsberechnungen der DPOG wäre in Baden-Württemberg eine Erhöhung um 3,11 Prozent statt 2,82 Prozent erforderlich gewesen, um den 100-Euro-Sockelbetrag zu erreichen.

Problematisch ist darüber hinaus, dass sich die nun in Baden-Württemberg vorgesehene Lösung durch den sogenannten Zinseszins-effekt dauerhaft negativ auswirkt. Jährlich entsteht ein Defizit von rund 120 Euro. Aufgrund der regelmäßigen Stufenlaufzeiten von in der Regel drei Jahren wirkt sich dieser Nachteil über einen längeren Zeitraum aus. In den Jahren 2027 und 2028 folgt der Gesetzgeber mit einer Erhöhung um zwei beziehungsweise ein Prozent dem Tarifiergebnis. Wir weisen erneut darauf hin, dass nach den umfang-

reichen Verbesserungen im höheren Dienst – noch vor der Polizeireform 2014, unter anderem durch die Anhebung der Leitungsfunktionen selbst kleiner Polizeidirektionen auf A 16 – sowie nach Einführung vom Vier-Säulen-Modell im Jahr 2022 nun dringend Verbesserungen im gehobenen Polizeivollzugs- und Verwaltungsdienst erforderlich sind.

Deshalb setzen wir uns für eine Dienstrechtsreform im gehobenen Dienst ein, die sowohl bessere Perspektiven für das Erreichen des Endamtes als auch die Einführung einer – in anderen Ressorts bereits praktizierten – Amtszulage in A 13 in den Blick nimmt. Dies gilt ebenso für den im Vergleich zu allen anderen Ressorts überproportional hohen Anteil an Beamtinnen und Beamten im Eingangsamt A 10. Derzeit befinden sich dort rund 50 Prozent beziehungsweise mehr als 8 500 Kolleginnen und Kollegen. Darüber hinaus muss die Stellenbündelung in der Dienstpostenbewertung der Polizei überarbeitet werden, um bessere Entwicklungsperspektiven zu schaffen und den Veränderungen durch das Vier-Säulen-Modell Rechnung zu tragen. Gleichzeitig müssen die bestehenden Bewertungsüberhänge von mehr als 700 Stellen abgebaut werden.

Seit nahezu zwei Jahrzehnten nutzt die DPOG ihre Stellungnahmen zu den Änderungsgesetzen im Besoldungs- und Versorgungsrecht, um bestehende Missstände aufzuzeigen und ihre Forderungen klar und unmissverständlich zu formulieren – ganz nach dem Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ Dazu gehört unter anderem die seit Langem geforderte Erhöhung der Wechselschichtzulage. Auch bei der Erschwerniszulagenverordnung (Art. 6 des Gesetzentwurfs) ist lediglich eine Erhöhung der Zulagen für den Sonn- und Feiertagsdienst sowie für den Dienst an den Samstagen vor Ostern und Pfingsten vorgesehen. Aus Sicht der DPOG müssen jedoch auch alle übrigen Tatbestände der §§ 5 und 6 der Erschwerniszulagenverordnung nach vielen Jahren der Stagnation sachgerecht angepasst werden.

An dieser Stelle ein kleiner Vergleich mit der Zulagenpraxis bei der Bundespolizei:

	Baden-Württemberg	Bund (ab 1. März 2023)	Differenz
an Sonntagen und gesetzlichen Wochenfeiertagen, ...			
an Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie am 24. und 31. Dezember jeden Jahres nach 12 Uhr, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen	4,33 Euro – 2026 4,42 Euro – 2027 4,46 Euro – 2028	6,31 Euro	2,50 Euro
an den übrigen Samstagen in der Zeit zwischen 13 und 20 Uhr	0,77 Euro	1,49 Euro	0,72 Euro
im Übrigen in der Zeit zwischen 20 und 6 Uhr	1,28 Euro	2,97 Euro	1,69 Euro



Die vorgesehene Erhöhung der Zulage für den lageorientierten Dienst (LOD) ausschließlich an Sonn- und Feiertagen bleibt deshalb deutlich hinter unseren grundsätzlichen Forderungen zurück.

Die DPolG erneuert deshalb ihre Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Zulage für den lageorientierten Dienst in allen Bereichen. Positiv bewerten wir die Erhöhung der Wechselschicht- und Schichtzulagen (§ 17 der Erschwerniszulagenverordnung). Bedauerlich ist jedoch, dass die Kürzung der Wechselschicht-

dieselbe Zulage inzwischen in Höhe von 228 Euro gewährt und ist – wie auch in anderen Bundesländern – ruhegehaltsfähig. Bereits zur Landtagswahl 2026 hatten die Grünen eine Anpassung auf das Niveau des Bundes in ihrem Wahlprogramm angekündigt. Ebenso überfällig ist die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der sogenannten Polizeizulage (Feuerwehr- und Gitterzulage), da die besonderen Belastungen dieser Berufe nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand enden.

Für den Bereich der Schichtzulagen fordert die DPolG daher weiterhin:

	monatlich	Kürzung, weil Poli- zeizulage	monatlich	Kürzung, weil Poli- zeizulage	Faktische Erhöhung
Wechselschichtdienst (wechselnde Arbeitsschichten, in denen ununterbrochen bei Tag und Nacht, werktags, sonntags und feiertags gearbeitet wird) ...	102,26 Euro	51,13 Euro	200,00 Euro	100,00 Euro	48,87 Euro
Schichtdienst (der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit in Zeitabschnitten von längstens einem Monat vorsieht)					
+ zeitlich zusammenhängende Unterbrechung des Dienstes von höchstens 48 Stunden oder sie die geforderten Dienststunden nur in je sieben Wochen leisten	61,36 Euro	30,68 Euro	153,40 Euro	76,70 Euro	15,34 Euro
+ wenn der Schichtdienst innerhalb einer Zeitspanne von mindestens 18 Stunden geleistet wird	46,02 Euro	23,01 Euro	115,05 Euro	57,53 Euro	11,51 Euro
+ wenn der Schichtdienst innerhalb einer Zeitspanne von mindestens 13 Stunden geleistet wird	35,79 Euro	17,90 Euro	89,48 Euro	44,74 Euro	8,95 Euro

zulage bei gleichzeitiger Gewährung der Polizeizulage weiterhin bestehen bleibt. Diese Regelung wirkt leistungshemmend und trägt den besonderen Belastungen des Wechselschichtdienstes nicht ausreichend Rechnung. Die Kolleginnen und Kollegen im Schicht- und insbesondere im Wechselschichtdienst sind durch die ständig wechselnden Arbeitszeiten dauerhaft besonderen Belastungen ausgesetzt. Zahlreiche Bundesländer sowie der Bund haben diese antiquierte Regelung bereits abgeschafft oder deutlich reduziert.

Darüber hinaus fordert die DPolG weiterhin eine Zulage für die Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizeidirektionen und der Einsatzhundertschaften der Polizeipräsidien Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe sowie die längst überfällige Anpassung der Zulagen für die Spezialeinheiten. Unverändert fordern wir außerdem eine Zulage für die Beschäftigten, die bei der Bekämpfung und Bearbeitung von Darstellungen sexualisierter Gewalt gegen Kinder eingesetzt sind. Eine solche Zulage sollte durch gesundheitsfördernde und therapeutische Maßnahmen flankiert werden, um den außergewöhnlichen psychischen Belastungen dieser Tätigkeit angemessen Rechnung zu tragen.

Eine Anpassung der Zulage für Beamtinnen und Beamte mit vollzugs-polizeilichen Aufgaben (§ 48 LBesG BW) ist seit dem Jahr 2011 nicht mehr erfolgt. Sie beträgt unverändert 132,69 Euro. Beim Bund wird

- Gewährung der Wechselschichtzulage nach § 17 Abs. 3 der Erschwerniszulagenverordnung auch für Beamtinnen und Beamte in der Ausbildung.
- Streichung der Kürzung der Wechselschichtzulage nach § 17 Abs. 4 der Erschwerniszulagenverordnung.

Übersicht zu den Schichtzulagen

Fehlende Zulagen beklagen wir nach wie vor in nachfolgenden Bereichen:

Mobile Fahndungseinheit	(Bund – 188 Euro)
Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft	(Bund – 188 Euro)
Einsatzhundertschaft	(SH – 100 Euro)

Mit ihrer Stellungnahme bezieht die DPolG klare Positionen. Dabei hört der Kampf um die genannten Verbesserungen im Grunde nie auf. Schon in den nächsten politischen Gesprächen werden wir diese Forderungen auch nochmals persönlich vortragen.

Jahreshauptversammlung Kreisverband Biberach

Am 14. März 2026 fand die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Biberach in Schemmerhofen in der Gaststätte „Alter Bahnhof“ statt. Der Kreisverband befindet sich derzeit in einer Neustrukturierung und hat deshalb zunächst nur die wichtigsten Funktionen besetzt. Eine Nachbesetzung weiterer Funktionen im Kreisverband soll zügig erfolgen.

Die Vorstandschaft	
Kreisvorsitzender	Jochen Borner
Stellv. Vorsitzender	Mario Schad
Geschäftsführer	Manuel Stolz
Schatzmeisterin	Petra Braun
Kassenprüfer	Elmar Scheerer
Kassenprüfer	Yannic Kröner
Seniorenbeauftragter	Peter Groll

Die Zusammenarbeit in der vergangenen Zeit mit Kollegen Borner war sehr gut. Davon wusste der Landesvorsitzende Dirk Preis zu berichten, der sich über den Neustart freut. In einem angenehmen Rahmen bestand Gelegenheit zu einem intensiven Austausch, nachdem die Regularien zügig und durchweg einstimmig abgewickelt worden waren.



© DPoIG

Jahreshauptversammlung Kreisverband Heilbronn

Ralf Kusterer zum Ehrenmitglied ernannt

Am 24. April 2026 fand in der Kantine des Finanzamtes, in direkter Nähe zum Präsidiumssitz, die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Heilbronn statt. „Brechend voll“, würde man flapsig sagen. Ein Indiz dafür, dass die Mitglieder ein großes Interesse an der Arbeit der DPoIG hatten. Immerhin gehört der Kreisverband zu denjenigen, die einen starken Mitgliederzuwachs verzeichnen. Der Kreisvorsitzende Matthias Schmitt freute sich mit seinem Team, das zuvor den großen Raum eingeräumt und gestaltet hatte, über den großen Zuspruch. Die Formalien wurden gründlich und umfassend abgearbeitet. Die Resonanz der Teilnehmenden war durchweg positiv.

Der Polizeipräsident und sein Vize waren gekommen und unterstrichen damit auch die Bedeutung der DPoIG sowie die gute Zusammenarbeit zum Wohle der Beschäftigten. Das brachte auch Polizeipräsident Spitzmüller in seinem Grußwort zum Ausdruck. Wie der DPoIG-Landesvorsitzende Dirk Preis sparte auch er kritische

Themen nicht aus. Schließlich geht es darum, Verbesserungen zu erreichen, die aktuelle Situation kritisch und realistisch zu betrachten und daraus die richtigen Schlüsse für die Verbandsarbeit zu ziehen. Überrascht wurde an diesem Abend der ehemalige Landesvorsitzende Ralf Kusterer. Der Kreisverband Heilbronn ernannte ihn zum Ehrenmitglied. Die Laudatio hielt Peter Wild, der insbesondere auf die sehr gute und intensive Zusammenarbeit sowie das freundschaftliche Miteinander zum Wohle des Kreisverbandes einging.

Ralf Kusterer war sichtlich erfreut und bezeichnete es in kurzen Dankesworten als Glücksfall, zunächst Matthias Schmitt und Peter Wild und später weitere Mitglieder des Teams gewonnen zu haben. „Da hat sich etwas Positives verändert. Ein Impuls, ein Reiz, etwa der erste Dominostein, der eine Kettenreaktion auslöste. Mich begeistert diese Entwicklung noch heute.“



© DPoIG



Jahreshauptversammlung Kreisverband Freudenstadt

Am 23. April 2026 fand die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Freudenstadt in der bereits mehrfach genutzten Gaststätte „Waldgericht Aach“ statt. Zahlreiche Mitglieder aus dem gesamten Bereich der ehemaligen Polizeidirektion Freudenstadt waren gekommen. Aus Pforzheim war die Leiterin der Schutzpolizeidirektion, Jennifer Lautensack, angereist, die ein Grußwort an die Teilnehmenden richtete und später selbst als Mitglied der DPoIG im Bezirksverband Pforzheim für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt wurde.

Der Landesvorsitzende Dirk Preis berichtete über aktuelle landespolitische Themen und Herausforderungen, nachdem der Bezirksvorsitzende Uwe Grandel und die Freudenstädter Kreisvorsitzende Cornelia Nitsch umfangreiche Berichte abgegeben hatten.

Wie immer war es eine gelungene Veranstaltung in der urigen Gaststätte in Aach – mit gutem Essen und guter Stimmung.



DPoIG Stuttgart unterstützt 2. Internationale Offene Süddeutsche Meisterschaften im Paraschwimmen

Bereits am 28. März 2026 fanden in Stuttgart die 2. Internationalen Offenen Süddeutschen Meisterschaften im Paraschwimmen statt. Den Besucherinnen und Besuchern wurde ein beeindruckendes Sportereignis geboten, das Athletinnen und Athleten mit und ohne Behinderung zusammenbrachte und eindrucksvoll zeigte, was im Leistungssport möglich ist.

einem eigenen Stand (Gudrun Müller, Tomislav Skoko und Anja Prottengeier) vertreten. Den Kontakt zur Veranstaltung hatte das DPoIG-Mitglied Thomas Szabo ermöglicht.

In vielen Gesprächen konnte das Verständnis zwischen Polizei und Bürgerschaft weiter gestärkt werden.

Die Schirmherrschaft hatte der Polizeipräsident von Stuttgart übernommen. Der Bezirksverband Stuttgart war mit



IMPRESSUM

Redaktion:
Jörg Kluge (V. i. S. d. P.)
Telefon: +49.172.1397377
E-Mail: Joerg.Kluge@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711.9979474-0
Fax: 0711.9979474-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
Internet: www.dpolg-bw.de

ISSN 0723-1830

Anja Prottengeier, Thomas Szabo